Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 753**

18. Wahlperiode Eingang: 11.8.2026

Antrag

des Abg. Martin Hahn u. a. GRÜNE

Wirkung von Bäumen im Mikroklima der Siedlungsgebiete

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Unterschiede sie bei den Luft- beziehungsweise Oberflächentemperaturen während des Hitzesommers 2026 auf Siedlungsflächen, Grünland, Ackerland wie auch Waldflächen festgestellt hat;

2. welche Erkenntnisse ihr über die Auswirkungen von Bäumen und Gehölzstrukturen auf das Mikroklima, insbesondere auf Lufttemperatur, Bodenfeuchtigkeit, Verdunstung wie auch Beschattung, vorliegen;

3. welche Erkenntnisse ihr über die Auswirkungen von Bäumen in Siedlungsgebieten auf das Mikroklima beziehungsweise die Temperatur, insbesondere während langanhaltender Hitzeperioden, vorliegen;

4. wie sich der Baum- und Gehölzbestand in Baden-Württemberg in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat, soweit möglich differenziert nach Waldflächen, Streuobstbeständen, Siedlungsflächen, Verkehrsflächen als auch Gehölzstrukturen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen;

5. welche Erkenntnisse ihr über Schäden und Verluste von Bäumen infolge von Trockenheit, Hitze, Schädlingsbefall, Streusalz, Sturm ebenso wie weiteren Extremwetterereignissen vorliegen, sowohl wie sich diese Schäden in den vergangenen zehn Jahren entwickelt haben als auch welche besonderen Auswirkungen der Hitzesommer 2026 hatte;

6. welche verwaltungstechnischen, planungs-, bau- und verwaltungsrechtlichen sowie praktischen Hemmnisse einer verstärkten Pflanzung von Bäumen in Siedlungsgebieten entgegenstehen einschließlich welcher Maßnahmen sie ergreift, um diese Hemmnisse abzubauen;

7. welche unterschiedlichen Verkehrssicherungs- und Sorgfaltspflichten für Eigentümerinnen und Eigentümer von Bäumen in Baden-Württemberg bestehen, differenziert nach Wald, freier Landschaft, landwirtschaftlich genutzten Flächen, Siedlungsbereichen sowohl Standorten entlang öffentlicher Straßen, Rad- und Fußwege wie auch sonstiger öffentlich zugänglicher Flächen;

8. welche zusätzlichen Aufwendungen für Baumkontrollen, Pflege und Verkehrssicherung insbesondere für Kommunen, landwirtschaftliche Betriebe wie auch privater Flächeneigentümerinnen und Flächeneigentümer mit einem höheren Baumbestand verbunden sein können, wie zunehmende Hitze-, Trockenheits-, Sturm- als auch andere Extremwetterereignisse diese Aufwendungen künftig voraussichtlich beeinflussen werden;

9. welche Erkenntnisse ihr darüber vorliegen, in welchem Umfang Haftungs- und Verkehrssicherungsrisiken im Zusammenhang mit Bäumen versicherbar sind, auch in Verbindung damit, ob die damit verbundenen dauerhaften Kosten und Risiken ein Hemmnis für zusätzliche Baumpflanzungen durch Kommunen, landwirtschaftliche Betriebe oder private Grundstückseigentümerinnen und Grundstückeigentümer darstellen;

10. welches Potenzial sie für zusätzliche Baumpflanzungen in Baden-Württemberg sieht, differenziert nach Industriefläche, Gewerbeflächen, Siedlungsflächen, landwirtschaftlich genutzten Flächen wie insbesondere Flächen im Eigentum des Landes im urbanen Raum, entlang von Landesstraßen wie auch Radwegen zusätzlich zu sonstigen landeseigenen Grundstücken im Umfeld landeseigener Einrichtungen;

11. in welchem Umfang das Land plant, durch zusätzliche Baumpflanzungen, die klimaangepasste Gestaltung des öffentlichen Raumes voranzutreiben;

12. welche Möglichkeiten sie für zusätzliche Baumpflanzungen zur Beschattung im Zusammenhang mit der Verbesserung des Mikroklimas entlang von Landesstraßen, Kommunalstraßen, Rad- beziehungsweise Fußwegen gleichermaßen auf öffentlichen Plätzen sieht, auch in Verbindung damit, wie dabei Zielkonflikte insbesondere mit der Verkehrssicherheit, der Leitungsinfrastruktur, der Flächenverfügbarkeit und der Straßenunterhaltung gelöst werden können;

13. welche durchschnittlichen Kosten bei der Pflanzung und dauerhaften Pflege eines Baumes für Kommunen beziehungsweise private Eigentümerinnen und Eigentümer entstehen können und welche Fördermöglichkeiten hierfür zur Verfügung stehen;

14. welche alternativen oder ergänzenden Maßnahmen ihr bekannt sind, um Hitzeinseleffekte in Siedlungsbereichen zu verringern, soweit möglich mit Darstellung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen und den damit verbundenen Kosten;

15. welche konkreten Maßnahmen sie ergreift oder plant, um den Baum- und Gehölzbestand sowohl auf öffentlichen als auch auf privaten Flächen nicht nur zu erhalten, sondern zu erhöhen (differenziert nach Industrie- und Gewerbeflächen, Siedlungsflächen, landwirtschaftlich genutzten Flächen).

20.10.2026

Hahn, Joukov, Braun, Schweizer, Tonojan, Deparnay-Grunenberg, Zimmer, Sperling, Holmberg, Kollmann GRÜNE

Begründung

Die anhaltend hohen Temperaturen und geringen Niederschläge des Hitzesommers 2026 verdeutlichen die Auswirkungen, welche der Klimawandel in Baden-Württemberg hat. Die Übersterblichkeit in den Phasen der Hitzeperioden verdeutlichen dabei drastisch, welche Gefahren konstant hohe Temperaturen auf die Menschliche Gesundheit haben. Neben einem konsequenten Klimaschutz gewinnen deshalb Maßnahmen zur Anpassung an Hitze, Trockenheit und Extremwetterereignisse weiter an Bedeutung. Viele dieser Maßnahmen haben sowohl einen Klimaschutz- als auch einen Klimawandelanpassungseffekt.

Bäume können hierzu auf vielfältige Weise beitragen: Sie spenden Schatten, kühlen ihre Umgebung durch Verdunstung, verbessern das Mikroklima, halten Wasser in der Landschaft, schützen Böden vor Erosion, binden Kohlenstoff und schaffen wertvolle Lebensräume. Dies gilt für Wälder ebenso wie für Städte und Gemeinden, Verkehrsflächen sowie die landwirtschaftlich geprägte Kulturlandschaft. Insbesondere in dicht bebauten Siedlungsgebieten können Bäume Hitzeinseln verringern und tragen somit aktiv zum Gesundheitsvorsorge und dem Bevölkerungsschutz bei. Ebenfalls tragen sie dazu bei, die Aufenthalts- und Lebensqualität in Siedlungsgebieten merklich zu verbessern.

Gleichzeitig erschweren rechtliche Vorgaben, Verkehrssicherungspflichten, begrenzte Flächen, Nutzungskonflikte sowie die Kosten für Pflanzung, Bewässerung und dauerhafte Pflege vielerorts die Erhaltung und Ausweitung des Baumbestands. Der Antrag soll deshalb klären, welche klimatischen und ökologischen Wirkungen Bäume entfalten, wie sich der Baum- und Gehölzbestand in Baden-Württemberg entwickelt hat und wo zusätzliche Pflanzungen, insbesondere auf Flächen im Eigentum des Landes, möglich sind. Darüber hinaus soll er bestehende Hemmnisse, Kosten und Haftungsrisiken sowie geeignete Förder- und Unterstützungsmaßnahmen untersuchen, damit zusätzliche Baumpflanzungen auf öffentlichen und privaten Flächen wirksam umgesetzt und langfristig gesichert werden können.